

## Ein Abbruch bleibt Unrecht

§ 218: „150 Jahre Kriminalisierung sind genug!“, FR-Politik vom 9.1.

Frau Mika ist sicher nicht überrascht, dass dieses Interview auch unter Lesern der FR erheblichen Widerspruch herausfordert. Ich muss akzeptieren, dass Schwangerschaften abgebrochen werden können. Nach § 218a StGB ist dies möglich, wodurch auch verhindert wird, dass Frauen ins Ausland ausweichen oder in zweifelhaften Einrichtungen ihr Leben beim Abbruch gefährden. Ich kann auch verstehen, dass sich Frauen in seelischer Not nicht in der Lage sehen, ein Kind zu bekommen. Medizinische Abbruchgründe stehen natürlich auch nicht zur Debatte. Der Abbruch einer Schwangerschaft aus völlig subjektiven Gründen bleibt für mich aber ein Unrecht. Ich habe leider schon von Paaren in meinem Umfeld gehört, die abgetrieben haben, weil „es gerade nicht so gepasst hat“. Auch das muss ich akzeptieren, obwohl ich es ganz fürchtbar finde. Ein Verbot würde nur zu gefährlichen illegalen Praktiken führen.

Die Haltung von Frau Mika und Frau Schlitt kann ich allerdings in keiner Weise teilen. Es ist erschreckend, dass im Interview das Recht des Kindes auf Leben überhaupt nicht vorkommt. Im ganzen Text fehlen die Worte „Leben“ und „Kind“. Ganz grausam finde ich, dass Neuseeland ausdrücklich als Vorbild dargestellt wird. Hier ist eine Abtreibung bis zur 20. Woche möglich. In der 20. Woche strampelt der Fötus mit den Beinen und lutscht Daumen. Seine Nervenzellen sind bald vollständig vorhanden. Und ein solches Baby soll man einfach so weg machen dürfen? Was für ein trauriger Vorschlag.

Ich bin froh, dass bei uns der Gesetzgeber in §§ 218 und 218a StGB eine ausgewogene Regelung getroffen hat. Wenn nur eine einzige Frau aufgrund der Pflichtberatung umgestimmt wird, dann ist es schon wert, diese Regelung beizubehalten.

Marcus Metternich, Heusenstamm



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**

069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210111](http://frblog.de/lf-20210111)

Übersicht über die Themen: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

## Was spricht gegen Weihnachten im Sommer?

Corona-Pandemie: „Der Regelwut“ und „Erst mal ausreichend Impfstoff herstellen“, FR-Politik vom 11. und 9. Januar

### Ein Alptraum mit Ansage – wir stehen erst am Anfang

Es muss im Volk der Denker, Dichter, Forscher und Statistiker bessere Lösungen als nur Folgeschleifen von Lockdowns geben. Der Politikerin Malu Dreyer war bei „Hart aber fair“ deutlich das Empfinden von Undankbarkeit anzumerken, was sehr schade ist. Denn die Deutschen würdigen den Einsatz von ihr und ihren PolitikerkollegInnen sehr wohl, doch nach Teil 1 scheint sicher, dass durch Mehrdimensionalität noch vernünftiger Lösungen in der Coronakrise gefunden werden (müssen) als bisher, die der Wirtschaft und der menschlichen Psyche zuträglich sind.

Bei genau einem einzigen Ziel gibt es allorts völlige Übereinstimmung: Entlastung von Krankenpfleger/innen und dem Krankenhaussystem. Alle Kräfte darauf ausrichten, das muss sein. Genau dort folgt aber Ohnmacht auf Ohnmacht. In unserem finanziell, technisch und organisatorisch hochgerüsteten Land gingen Krankenpflegerinnen in Kurzarbeit, weil das Lobby-System oder Fehlkalkulationen oder fehlende Anreizsysteme es nicht anders vorsehen oder zumindest nicht verhindern konnten. Personal ist geblockt oder plant abzuwandern. Ein Alptraum mit Ansage, und wir stehen erst am Anfang. Es müssen alle denkbaren Anreizsysteme aller brauchbaren Quereinsteiger (Physiotherapeuten, Heilpraktiker) bis zum Äußersten genutzt werden. Wenn man wirklich will, ist hier was möglich. Rita Weigl, Bad Windsheim

### So werden wir also die nächsten Tage verbringen

Es ist jetzt 22 Uhr am Dienstag, den 12.1.2021. Was glauben eigentlich die Verantwortlichen der Politik in Hessen, womit wir auch die nächsten Tage unsere Zeit verbringen sollen? Tagelang am PC oder am Telefon hängen,

nur um endlich einen Impftermin gegen Corona zu erhalten? Wir haben heute seit 8 Uhr stundenlang die angegebenen Rufnummern und Internetadressen kontaktiert mit dem Ergebnis, dass wir gegen 21.30 Uhr endlich im Internet durchkamen und dort dann erfuhren, dass es keinen Impftermin bis Anfang Februar mehr gibt.

Das ist also unsere bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung, die uns hilft, gegen das Virus anzugehen. Wie viele Tage sollen wir denn nun stundenlang für einen Impftermin an PC und Telefon hängen? Die regierungsamtliche Presseinfo, dass seit etwa 15 Uhr eine Telefonvereinbarung für einen Impftermin möglich sei, ist nicht zutreffend. Das wäre uns bei unseren stundenlangen ununterbrochenen Bemühungen nicht entgangen.

Vielleicht hätte es doch einer externen Beratung bedurft, um dieses Problem besser anzugehen, auch wenn wir angesichts der Millionenbeträge, die Regierungsstellen immer wieder für externe Berater ausgeben, große Skepsis gegenüber dieser Praxis haben. Gibt es wirklich niemand in den großen bürokratischen Apparaten, der so etwas managen kann?

Das Ergebnis derartiger Maßnahmen wird sicher ein weiteres Anwachsen der Politikverdrossenheit sein.

Walter Henss, Ginsheim-Gustavsburg

### Jede Medaille hat ihre zwei Seiten

Corona-Regel „neu“ – „Person ein Haushalt plus eine Fremdperson“ soll die Infektionen mit Sars-CoV-2 eindämmen? Das ist ein „totgeborenes Kind“! Die eine Fremdperson kann die Regel nicht einhalten, sie gibt nolens volens den „Spreader“, denn im Zweifelsfall steckt sie eine ganze Familie an. Die Regel muss heißen: Je eine Person aus zwei Haushalten dürfen sich treffen. Sonst bleibt es beim exponentiellen Infizieren. Mit den ver-

schiedenen Virus-Mutanten ist das ein „Kinderspiel“. Jede Medaille hat eben ihre zwei Seiten. Die Regel ist ja auch ein Witz, oder? Heidemargreth Spielbrink-Uloth, Grundhof

### Die Schublade wartet schon

Immer schön nach Gutsherrenart! Man will ja nur unser Bestes! Der alte Fritz, erster Diener seines Staates, lässt grüßen! Wir haben eingesehen, wie wichtig Weihnachten doch für uns ist und dass es Ausnahmeregeln in der Krise geben muss. Falls wir dachten, das Virus macht da nicht mit – umsonst gedacht. Von selber denken war auch nicht die Rede, sondern von Einsehen. Deshalb sehen wir jetzt auch ein, weil die Zahlen der Infizierten nicht runter gehen, dass wiederum gut für uns gesorgt wird. Wir können uns mit der Aussicht auf bessere Zeiten trösten lassen. Falls wir nicht an diese glauben und verärgert oder wütend sind, sollten wir es für uns behalten, denn die Schublade für Querdenker wartet sonst auf uns. Also los zur Gegendemo! Dort gibt's auch noch eine kostenlose Dusche. Schade, dass sich Beschlüsse bezüglich des Dannenröder Forsts nicht ebenso schnell und einfach zurücknehmen lassen. Aber dafür bekommen wir ja eine schöne, neue Autobahn. Und falls die Arbeitnehmervertreter finden, nun könnten wir aber mal wieder ans Klima denken, bauen wir die Autobahn wieder ab und renaturieren das Gebiet. Dies hat zudem den Vorteil, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben, denn man könnte dieselben Unternehmen, welche die Autobahn gebaut haben, mit der Renaturierung beauftragen. Und wenn wieder ein Virus kommt, machen wir es wie mit der Fußball-WM in Katar, nur umgekehrt, wir verschieben Weihnachten auf die Sommerferien.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/impfstart](http://frblog.de/impfstart)

## Unsere Regierung missachtet die Charta der Grundrechte

Erweiterung auf „Menschenverachtendes Vorgehen bayerischer Behörden“ und zu „Oft werden sie nachts abgeholt“, FR-Forum vom 7.1. und -Tagesthema vom 30.12.

### Ich schäme mich für die deutsche Regierung

Marita Etzel-Heidbüchel schreibt in ihrem Leserbrief, dass sie wegen der Abschiebung von Mimi T. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter der Ausländerbehörde und gegen den JVA-Arzt gestellt und um eine Stellungnahme der Ärztekammer Bayern ersucht hat. Zu diesem Schritt möchte ich ihr meinen Respekt und meine Dankbarkeit ausdrücken! Einen entsprechenden Weg würde ich gehen oder andere Maßnahmen ergreifen wie z.B. eine Strafanzeige angesichts der Unwilligkeit unserer Regierung, trotz Bereitschaft vieler Kommunen keine Geflüchteten oder nur eine geringe Zahl aus Griechenland aufzunehmen. Auch die Situation der Geflüchteten in Bosnien-Herze-

gowina treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. Ich schäme mich für die Untätigkeit und Unwilligkeit der deutschen Regierung, humanitäre Hilfe durch Aufnahme von Menschen zu leisten. Zu spenden oder Petitionen zu unterschreiben genügt offenbar nicht!

Nach der Charta der Grundrechte der EU (210/C83/02) soll die Würde, das Leben, die körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen geschützt werden, niemand darf einer unmenschlichen Behandlung unterworfen werden. Das Europäische Parlament ist verpflichtet, jährlich zu prüfen, ob die Grundrechte durch die Union und ihre Mitgliedsstaaten eingehalten werden. Ich bezichtige unsere Bundesregierung und die Staaten der EU der Missachtung der Charta der Grundrechte und der Untätigkeit, diese umzusetzen.

Diesen Leserbrief werde ich, wenig genug, den Bundes- und Europaabgeordneten meines Wohnortes zur Kenntnis geben und um Antwort ersuchen, was die besagte jährliche Prüfung ergeben hat und was daraufhin erfolgt ist.

Elisabeth Wendland, Hamburg

### Unterlassene Hilfeleistung und Rechtsbeugung

Nachdem ich den im Betreff genannten Artikel gelesen hatte, konnte ich nur Verachtung für die Menschen in bestimmten Institutionen aufbringen. Insofern kann ich die Leserbriefe von Frau Etzel-Heidbüchel und Herrn Murmann nur begrüßen. Beim nochmaligen Lesen des Artikels blieben für mich folgende Fragen ungeklärt: Welchen Status hat der Ehemann von Frau Mimi T.?

Ist es rechtlich in Ordnung, ein Ehepaar zu trennen? Weshalb sind die Strafverfolgungsbehörden nicht aktiv geworden? Die Festnahme und Unterbringung von Frau Mimi T. in der JVA erfüllt m.E. den Tatbestand der Freiheitsberaubung. Der JVA-Arzt bescheinigt Mimi T. Reisefähigkeit, obwohl er ihren schlechten Gesundheitsstand bemerkt haben müsste. Ich gehe hier von unterlassener Hilfeleistung aus (ebenefalls strafbewehrt).

Bei dem Amtsrichter, der die beiden Atteste von den Fachärzten, die eine schwere Erkrankung erkannt hatten (Grund für ein Abschiebungsverbot), nicht berücksichtigt hatte, wäre Rechtsbeugung nach § 339 StGB zu unterstellen. Alexander Snizek, Pfingsttal

Diskussion: [frblog.de/mimi](http://frblog.de/mimi)

### SORRY

Die Störaktion der AfD im Bundestag am 18.11. hat Konsequenzen: Es werden unter anderem Hausverbote erteilt. Davon betroffen: die ehemalige SPD-Abgeordnete Angelika Barbe, die seit 1996 allerdings bei der CDU ist und inzwischen der AfD nahesteht. In der Unterzeile des Artikels „Hausverbote als Konsequenz von Störaktion“ (9.1., S.5) haben wir sie fälschlicherweise immer noch als „SPD-Frau“ bezeichnet.

In unserem Artikel „Kindliche Lebenswelten besser verstehen“ (11.1., S.9) haben wir geschrieben, Suaheli sei mit dem Arabischen verwandt. Tatsächlich gehört Suaheli zu den Bantu-Sprachen und hat keinen semitischen Ursprung. Durch vielfache Kontakte und Austausch gibt es aber Lehnwörter aus dem Arabischen, und auch der Name Suaheli ist arabisch.